

vom 27. Oktober 2010

Gemeinsame Erklärung zur Finanznot der Kommunen

Stadt Dessau-Roßlau und ver.di üben Solidarität

Bevor heute im Stadtrat Dessau-Roßlau über den Haushaltsplan 2010 und die Haushaltskonsolidierung der kommenden Jahre abgestimmt wird, hat Dessau-Roßlaus Oberbürgermeister Klemens Koschig heute Vormittag an einer Veranstaltung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di teilgenommen, auf der u. a. die finanzielle Not der Kommunen und ihre fehlende Unterstützung durch Land und Bund öffentlich kritisiert wurde. Jährlich weniger Bundes- und Landeszuweisungen sowie immer neue Aufgabenübertragungen unter Missachtung des Konnexitätsprinzips führen auch in Dessau-Roßlau dazu, dass über den Wegfall einer Vielzahl freiwilliger Aufgaben nachgedacht werden muss. Seit Beginn dieses Jahres wird über die Prüfliste diskutiert, für die auch Bürger erstmals Einsparvorschläge machen konnten.

OB Klemens Koschig, der zugleich Präsidiumsmitglied im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt ist, sowie Lothar Philipp, Bezirksgeschäftsführer ver.di Sachsen-Anhalt Süd, unterzeichneten in der Marienkirche eine „Gemeinsame Erklärung für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge“ mit dem Ziel, dass Handlungskraft und Gestaltungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt und ausgebaut werden können.

Die gemeinsame Erklärung liegt als Anlage bei.

Klemens Koschig, Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, Präsidiumsmitglied im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Lothar Philipp, Bezirksgeschäftsführer ver.di Sachsen-Anhalt-Süd

Gemeinsame Erklärung für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge

Handlungskraft und Gestaltungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen und ausbauen

Angesichts der dramatischen Finanzsituation vieler Städte, Landkreise und Gemeinden fordern Vertreter sachsen-anhaltischer Kommunen und Gewerkschaften einen Rettungsschirm, um die Handlungskraft und Gestaltungsfähigkeit wiederherzustellen und auszubauen. Sie erwarten deshalb von der sachsen-anhaltischen Landesregierung, sich energisch für ausreichende und planbare Einnahmen der Kommunen einzusetzen. Es darf keine neuen Gesetze geben, mit denen die Kommunen teure Aufgaben ohne Gegenfinanzierung übertragen werden. Die Abschaffung der Gewerbesteuer wird strikt abgelehnt.

Die Kommunen sind demokratische Basisdienstleister für Bürger und Bürgerinnen. Der Schulbetrieb, der Betrieb von Krippen und Kindergärten, der Bau und der Unterhalt von Straßen und Radwegen sind nur einige Beispiele kommunaler Aufgaben, die mit schwindenden Einnahmen finanziert werden müssen. Städte, Gemeinden und Landkreise benötigen eine gestärkte und verstetigte Einnahmesituation. Nur gesunde Kommunalhaushalte garantieren gute öffentliche Dienstleistungen und stärken die kommunale Investitionsfähigkeit. Freiwillige soziale Leistungen, wie Projekte für die Jugend, Schwimmbäder und Bibliotheken, müssen erhalten bleiben.

Die Finanzlage sachsen-anhaltischer Kommunen ist prekär. Mehr als die Hälfte der Einnahmen besteht aus Zuweisungen des Landes, die Sachsen-Anhalt aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche wiederum in großen Teilen selbst als Zahlung des Bundes und anderer Bundesländer erhält. Nur knapp 21 % der kommunalen Einnahmen stammen aus eigenen Steuermitteln.

Seit Mitte der 90er Jahre bis 2005 blieben die kommunalen Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. Dieser Saldo führte zur steigenden Verschuldung in Form von Kassenkrediten, die seit 1996 die Marke von 900 Millionen Euro deutlich überschreiten. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Verantwortung zurückzieht, zum Beispiel durch die Absenkung der Beteiligung an den Sozialkosten (insbesondere der Kosten der Unterkunft).

Vertreter von Kommunen und Gewerkschaften fordern:

eine Kompensation der Einnahmeausfälle der Kommunen, u.a. durch eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten für soziale Leistungen, insbesondere an den Kosten für Unterkunft für Langzeitarbeitslose, an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Stärkung der bundesweiten Ausgleichsmechanismen zur Unterstützung von strukturschwachen Ländern und Kommunen.

Erhalt und Stärkung des kommunalen Finanzausgleiches.

Erhalt der Standards kommunaler Leistungen.

Den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, in die alle Gewerbebetriebe, Selbstständige und Freiberufler einbezogen werden, um eine dauernde Stabilisierung der Finanzkraft zu erhalten.

Klemens Koschig

Lothar Philipp